

Die Donau.

Nach dem Frieden von Bukarest.

Die Verhältnisse an der unteren Donau werden durch den Bukarester Frieden nur teilweise endgültig geregelt. Man muß eben berücksichtigen, daß es sich jetzt darum handelt, den Kriegszustand zwischen den Mittelmächten und Rumänien zu beenden, daß daneben aber noch Fragen der Abgrenzung harren, die nur die Mittelmächte angehen und von ihnen unter sich entschieden werden müssen. Bulgarien erhält das Stück der Dobruđa zurück, das ihm vor fünf Jahren durch Rumänien so schmachvoll entrissen wurde. Der nördliche Teil der Dobruđa geht in das Kondominat der Verbündeten über, man kann aber annehmen, daß es in kürzerer Zeit auch an Bulgarien angegliedert werden wird, dessen Grenze damit bis an den St.-Georgs-Arm der Donau sich ausdehnt. Wie Rumänien sich mit der Ukraine über die etwaige Erwerbung der von ihm augenblicklich besetzten Striche Beharabiens auseinandersetzt, ist seine Angelegenheit und gehört nicht in den Rahmen des Friedens. Ihm würde damit das Gebiet zufallen, das Rußland ihm 1878 als Dank für die Waffenhilfe bei Plewna gewaltsam entzog.

In dem Kondominatsgebiet läuft die Bahn Tschernawoda-Konstanza, die nie verläutet von einer deutsch-bulgarischen Gesellschaft gepachtet und betrieben werden soll, ebenso wie der Hafen von Konstanza. Deutschland hatte hier seine Interessen an dem Handelsweg durch Rumänien nach dem Schwarzen Meer und der Türkei wahrzunehmen. Eine Aehrenleitung führt das Petroleum aus seinen Quellenbezirken zu den großen Tankanlagen in Konstanza, wo es in die Seeschiffe übergepumpt wird. Außerdem mündet in Konstanza das von einer deutschen Gesellschaft gebaute und betriebene Kabel Konstantinopel-Bukarest. Man wird annehmen können, daß sein Betrieb gegen die bisher vielfach vorgekommenen Scherereien durch die rumänischen Behörden gesichert werden wird.

Völkerrechtlich von großer Bedeutung ist die Neuregelung der Schifffahrt auf der unteren Donau. Um der russischen Willkür an dem Donaudelta ein Ende zu machen, die geradezu absichtlich die Mündungen verkommen ließ, wurde durch den Pariser Frieden von 1856 die internationale Donaukommission errichtet. Auf ihre Entwicklung können wir hier nicht weiter eingehen. Vor dem Weltkrieg bestand sie aus Vertretern der Mächte, die den Pariser Frieden unterzeichnet hatten, und Rumäniens. Mit dem Siege in Galatı belag die gewisse souveräne Vollmacht bis zum Meer, übte die Polizeiaufsicht aus, erhob Schiffsabgaben, sorgte für die Stromregelung, den Unterhalt der Weirone und der Weichsäme und führte auf ihren Schiffen eine eigene Flagge. Sie verschwand und wird ersetzt durch die Donaumündungskommission, die nur aus Vertretern der Staaten besteht, die Anrainer der Donau und der europäischen Küste des Schwarzen Meeres sind. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf alle Arme und Mündungen der Donau und der ihnen vorgelagerten Teile des Schwarzen Meeres.

England, Frankreich, Italien scheiden damit von vornherein als Beteiligte aus, Bulgarien tritt neu hinzu, von der Ukraine und dem etwa weiterentstehenden Serbien wird nicht gesprochen. Außer dem im Pariser Frieden schon festgestellten Recht, zwei leichte Kriegsschiffe auf der unteren Donau zu unterhalten, die jetzt bis Braila hinauf fahren dürfen, erhalten die Unterzeichner des Bukarester Friedens die Berechtigung, auf der Donau Kriegsschiffe zu unterhalten, die stromaufwärts bis zur oberen Grenze des eignen Staatsgebietes fahren dürfen, mit dem Ufer eines andern Staats aber nur in Verbindung treten können, wenn dieser seine Zustimmung dazu gibt. Wir lassen diese Bestimmungen dahin auf, daß theoretisch deutsche Kriegsschiffe das Recht besitzen, vom Meer bis an die deutsche Reichsgrenze zu fahren.

In den 40er Jahren hat in Deutschland eine sehr lebhaft bewegte Bewegung dafür geherrscht, daß die Donau, die man als deutschen Strom

ansah, von der Mündung bis zum Meer eine gesicherte Straße für die Verbindung mit dem Orient darstellen sollte. Sie richtete sich in erster Linie gegen Rußland, das sich gegen den Suzerän der Donaufürstentümer, den Sultan, zum tatsächlichen Herrn der Mündungen gemacht hatte. Im Zusammenhang mit diesen Gedanken standen die Wünsche, an der unteren Donau Raum für die Ansiedlung der deutschen Auswanderer zu gewinnen, die nach Amerika zogen und so unserm Volkstum verlorengingen. Männer wie Molte sind dafür eingetreten, die deutsche Schifffahrt und den Handel nach den Donaumündungen zu lenken, wenn auch vergeblich, und besondere Förderung wurde den Bestrebungen durch das Haus Mittelbach zuteil.

Unter ganz veränderten politischen Verhältnissen soll nun der berechtigte deutsche Drang nach dem Osten eine Erfüllung finden, welche die wirtschaftlichen Ansprüche zurückstellt. Das Ziel ist, eine Verbindung mit dem Schwarzen Meer herzustellen, die auch im Kriege gesichert ist und nicht abgeschnitten werden kann. Die Waffenbrüderschaft der Mittelmächte soll, wie wir überzeugt sind, auch im Frieden weiterbauern und den friedlichen Austausch der Waren fördern, auf den alle Teile angewiesen sind. Bei dem vorhandenen, in beiderseitigem wahren Interesse beruhenden guten Willen der beteiligten Staaten ist ein Erfolg sicher zu erwarten. Die in gemeinsamem Kampf um das Dasein geläute Saat wird Früchte tragen, die allen Völkern reichen Segen bringen und das sie umschlingende Band noch fester knüpfen.

Für den Verständigungsfrieden.

Lord Courtney of Penwith, der verhindert war, an der Friedenskonferenz im Oberhaus am Mittwoch teilzunehmen, legt seine Stellungnahme zu dem Friedensprogramm in einem offenen Brief an den „Manchester Guardian“ dar.

In diesem Brief beschäftigt er sich zunächst mit der Politik Lord Georges, die dieser kürzlich vom britischen Heer dem britischen Volk mitgebracht hat: „Seid guten Mutes, es steht gut mit uns! Lord Courtney tritt dieser Politik völlig bei, er meint aber dann, daß ein ebensolcher Kämpfer auch seinen Feind schätzen müsse. „Was auch immer das endgültige Ergebnis des Krieges sein wird, der Geschichtsschreiber der Zukunft muß nicht ohne Bewegung den Wagemut, das Führertum und selbst die Erfolge des Feindes zugleich mit der ungebrochenen Glanzzeit und Festigkeit des Widerstandes der Alliierten niederschreiben. Wir sind unbefriedigt und unbefriedigt sind beide. Keine der beiden Seiten kann überwunden werden, wir können nicht geschlagen werden. Können nicht die Deutschen behaupten, daß sie daselbe von sich beweisen haben? Berlin ist unerreichtbar. Können wir nicht zugeben, was wir alle einzeln fühlen, daß weder Mangel in Deutschland noch die Zunahme der Hilfe von Amerika die Zurückdrängung der Deutschen bis zum Rhein zum schließlichen Ergebnis haben wird? Wenn wir unsere Stellungnahme auf den grundlegenden Tatsachen der gegenwärtigen Stunde stützen, dann duldet die Frage keinen Widerspruch: Für welchen Zweck müssen wir fortfahren, die Jugend und das Mannesalter Europas zu opfern, seine Zivilisation und das Christentum, wenn es eine Möglichkeit für Veröhnung und die Überlegung gibt, die nach dem Stillstand des Kampfes folgen muß? Sollen wir sie ohne weiteres zurückweisen? Können wir uns weigern, sie bis in ihre Tiefe zu ergünden? Müßen wir damit beginnen, jede Annäherung von vornherein als unaufrichtig zu brandmarken und jedes Angebot als eine verräterische Falle?“

Lord Courtney möchte niemand wegen verpackter Gelegenheiten in der Vergangenheit verurteilen. Die schreckliche Verantwortung der Entscheidung müsse in dieser Beziehung auf wenigen, nein auf den wenigsten lasten. Dann fährt er fort: „Es wird gelagt werden: beweist nicht die Geschichte der letzten sechs Monate die Unaufrichtigkeit des zurückgewiesenen Entgegenkommens? Bevor wir auf diese Frage antworten, laßt uns uns selbst ein wenig ins Kreuzverhör

nehmen. Der Prozeß kann vielleicht ein wenig Licht auf die andere Seite werfen. Ist es nicht wahr, daß der Krieg, die Schlacht uns alle beherricht hat? Wenn wir uns für einen größeren Vorstoß vorbereiten, wenn wir Fortschritte machen, dann wird der Friedensvorschlag zum Stillstehen gebracht, weil der Sieg vor unseren Augen schimmert. Wenn wir zurückgeworfen oder angehalten werden, dann wird der Friedensvorschlag zum Stillstehen gebracht, weil er als ein Eingeständnis der Niederlage hingenommen werden könnte.“

In dem Briefe heißt es weiter: „Genau so in Deutschland. Die Reichstagsmehrheit, selbst die Sozialdemokraten, haben die Zulassung des Krieges suspendiert, wenn nicht gar beiseite geleckt, als die Militärs Frieden durch einen Waffenstillstand verprochen oder zu versprechen schienen. Die Entscheidung ist niemals als unglücklich erklärt worden, sie kommt allmählich wieder zur Macht, wenn der Waffenstillstand als ein Fehlschlag erscheint. Wir sind einander so gleich. Die Parteien in Deutschland gleichen denen in England. Es ist Zeit für die Weisen, die Gewählten, die Männer des Intellekts und des Gewissens aller Klassen, sich zu erheben und uns aus einem nutzlosen Gemetzel der Gegenwart herauszuführen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Zu den mannigfachen Gerüchten über den Ausbau des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses schreibt die „Köln. Ztg.“: „Unzutreffend ist die Nachricht, daß man sich bei der Besprechung im Großen Hauptquartier auf die sogenannte österreichisch-polnische Lösung geeinigt habe, oder daß die Vereinbarungen diese Lösung zur Folge haben würden. Auch ist die Behauptung nicht richtig, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß das neue Bündnis in die Verfassungen der Verbündeten Reichs aufgenommen werde. Was die wirtschaftlichen Verhandlungen betrifft, so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskriegerische Tendenz enthält, sondern die wirtschaftliche Verständigung mit unseren Gegnern ermöglichen kann. Für die bevorstehenden militärischen Vereinbarungen hat man den Namen „Waffenbund“ gewählt. — In Wiener politischen Kreisen verlautet, daß ähnliche Abmachungen, wie zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, auch zwischen den Mittelmächten und Bulgarien sowie der Türkei erfolgen werden. Man bringt mit dieser Erweiterung des neuen Waffenbundes die bevorstehende Reise Kaiser Karls nach Sofia und Konstantinopel, auf der er von dem Minister des Äußeren Baron Burian begleitet wird, in Verbindung.“

* Zwischen der russischen und deutschen Regierung fand über die Besetzung der Krim ein Notenwechsel statt. Im Namen der deutschen Regierung erklärte Graf Mirbach, daß Sebastopol in Abwehr des Angriffes der Schwarze-Meer-Flotte gegen Cherson und Nikolajew besetzt worden sei. Die deutsche Regierung sichere jedoch der Krumböschung das Recht, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Tschitscherin, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, erwiderte dem Grafen Mirbach, daß die Feindseligkeiten nicht mit Wissen der russischen Regierung, sondern durch einige von der Schwarze-Meer-Flotte bedrängte Schiffe zum Ausbruch gekommen seien.

* In einem holländischen Blatte wird im Anschluß an einen Bericht über die Verhandlungen der französischen Kammer in der Angelegenheit Clemenceau-Czernin behauptet, im Frühjahr 1917 habe man auf deutscher Seite die Bereitwilligkeit ausgesprochen, auf einen bedeutenden Teil Lothringens zu verzichten, wenn der Krieg dadurch sehr bald zu Ende gebracht werden könnte. Auch dieser neuen Behauptung gegenüber ist, wie halbamtlich geschriebe wird, festzustellen, daß niemals ein derartiges deutsches Angebot gemacht worden ist.

* Die Frage der Zukunft Litauens ist noch immer ungeklärt. Es darf indes zurzeit

als sicher gelten, daß die Kandidatur des Herzogs von Urach für den Herzogthron in Litauen nicht mehr in Frage kommt. Wie die Dresdener „Neuesten Nachrichten“ aus Berlin hören, hat man sich dort an maßgebender Stelle gegen alle Prinzenkandidaturen in Litauen so nachdrücklich ausgesprochen, daß die Frage jetzt nur noch heißt: Entweder Personal-Union oder gar nichts. Die sächsische Regierung und der König würden sich also in kürzester Frist vor die Entscheidung darüber gestellt sehen, ob sie in die Personal-Union einwilligen wollen. In Berlin scheint man bereits bestimmt damit zu rechnen, daß sowohl der König als auch die sächsische Regierung zustimmen werden.

* In der Zweiten württembergischen Kammer erklärte Ministerpräsident Frhr. v. Weizsäcker, er bedaure, daß der Abg. Haußmann die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen so schwarz gemalt habe. Der Ausgang des Krieges wird Frankreichs Hoffnung auf die Reichsländer illusorisch machen. Der Ministerpräsident sprach dann über die Kriegsziele und begründete mit herzlichen Worten den Ausbau des Bündnisses mit Österreich-Ungarn.

* In Moskau ist es zwischen Anarchisten und Bolschewisten zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, über deren Ausgang zuverlässige Nachrichten nicht vorliegen, da alle Verbindungen mit Moskau unterbrochen sind. Offenbar richtet sich der Aufruhr gegen die Bolschewik-Herrschaft in Großrußland. Wer alles unter dem Namen „Anarchisten“ an diesem Kampf teilnimmt, ist noch unbekannt. Aufgeregtere, aber verfallene Futuristen aus Moskau lassen die Lage der Bolschewik bedrängt erscheinen.

Was Frankreich fordert.

Poincarés Friedensbedingungen.

Der „Manchester Guardian“ erhält jetzt von seinem Pariser Mitarbeiter einen eingehenden Bericht über den Brief Kaiser Karls. In diesem Bericht heißt es:

„Die Antwort Poincarés auf den ersten Brief Kaiser Karls wurde dem Prinzen Sixtus nicht schriftlich, sondern in einer mündlichen Unterredung erteilt. Poincaré verfaßte einen Brief an Ribot, worin er die zu stellenden Forderungen erwähnt und ihm über die Unterredung berichtet. Prinz Sixtus wurde beauftragt, heißt es da, dem Kaiser hinsichtlich dessen Erklärung über Elsaß-Lothringen mitzuteilen, daß es für uns keine Elsaß-Lothringische Frage von 1871 gibt. Was Frankreich fordert, ist das Elsaß-Lothringen von 1814 und 1790 mit dem Saarial, also Zurückverlängerung, Wiederherstellung und Veräußerung. Weiter Bürgerrechte auf dem linken Rheinufer.“

Der Korrespondent teilt ferner einige Einzelheiten über die Besprechungen im Pariser Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit. Briand sagte, er rüge die Art und Weise, in der Poincaré und Ribot die österreichischen Anträge behandelt hätten. Weiter rügte er, daß Clemenceau den Brief veröffentlicht habe. Clemenceau hielt eine heftige Rede, worin er ausführte, er dulde keinen Widerspruch. Er sagte: „Ihr habt gesehen, wie ich mit den Käufern umgesprungen bin. Ihr seid ein bißchen nervös geworden, aber das macht nichts. Bleibt ruhig. Im Jahre 1917 durften wir nichts unternehmen. In dieser Hinsicht bin ich durchaus mit Ribot einig.“

Frankreichs Eroberungsjucht könnte nicht besser gekennzeichnet werden, als es hier ganz scharf in einem bundesgenössischen Blatte geschieht. Der Präsident verlangt also nicht nur den Umstoß des Frankfurter Friedens, sondern fordert auch den Besitz unächtlichen Gebietes für Frankreich, darunter die Hälfte der Pfalz mit Landau, Speyer und Kaiserslautern, alles Gebiete, die nur infolge brutalen Raubes auf kurze Zeit in französischen Händen waren. Und alles das nennt man im Viererband — das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir aber wissen, daß untre Felbgrauen mit ihren Leibern den Bestand der Heimat beden, und sind doppelt ihre Schuldner geworden.

Der Halbherr von Lubenow.

13. Roman von Arthur Zapp.

Der Mejerendar zog seine Augenbrauen wichtig in die Höhe. „Allerdings. Sehr hohe Ansprüche stelle ich. Meine Zukünftige muß einmal ein Ausbund aller möglichen Tugenden sein.“

Frieda lächelte ironisch. „So — so! Und diesen Ausbund werden Sie natürlich nie finden und deshalb werden Sie, so leid es Ihnen auch tut, doch Junggeselle bleiben müssen.“

„Sie irren. Ich habe den Ausbund oder richtiger mein Ideal schon gefunden.“

Er sah seine Nachbarin mit einem Blick an, vor dem die feste Berlinerin ihre Augen doch für ein paar Sekunden senkte. Auch konnte sie nicht verhindern, daß flammende Röte ihr ins Gesicht trat. Aber schnell zwang sie ihre überlegene Sicherheit und heitere Keckheit wieder zurück und mit fröhlichem Lachen, das ganz unbefangenen Klang, fragte sie: „Wirklich? Na da wunderst es mich, daß Sie Ihren Wunsch nicht zur Erfüllung bringen.“

„Aber das liegt doch auf der Hand, gnädiges Fräulein. Sehen Sie“ — seine Stimme nahm einen bewundernden, lebenshaften Klang an und seine flammenden Blicke suchten die ihren, die ihm anschwärmte und weilt über die Tafel hinweg — „sehen Sie, gnädiges Fräulein, ich wünschte mir ja nichts schöneres, als der, die ich verehere und in der ich mein Ideal gefunden habe, offen zu sagen: Ich liebe dich! Erhöre mich, mache mich zu dem glücklichsten

aller Sterblichen! Aber darf ich denn? Was bin ich denn? Mejerendar! Also nichts! Solch ein Mejerendar ist ja das unglücklichste, bedeutungsloseste Wesen der Welt. Er ist kein Student mehr und doch auch noch kein Beamter. Ein verheirateter Mejerendar aber wäre vollends ein Unding.“

„Allerdings“, sagte sie, „ich kann's Ihnen nicht verdenken, wenn Sie warten, bis Sie das Assessorat glücklich hinter sich haben. Machen Sie's denn noch in absehbarer Zeit?“

Frieda sah ihn mit boshaftem Lächeln an. „Ich bin schon mitten in der Vorbereitung zum Examen. Im Herbst feige ich hinein“, entgegnete er.

Frieda griff zu ihrem Glase. „Na, da lassen Sie uns anstoßen, Herr Baron! Auf ein glückliches Examen.“

Sie ließen ihre Gläser aneinander klingen und tranken. Der Mejerendar sah seiner Nachbarin mit einem langen Blick in die Augen.

Sie haben sich noch gar nicht nach meinem Ideal erkundigt, gnädiges Fräulein.“

Sie zuckte mit den Achseln und erwiderte anscheinend ganz unbekümmert: „Ich bin nicht neugierig.“

Er nickte und sagte langsam, mit Bedeutung, während sein Blick, der sie nicht losließ, immer berebter und leidenschaftlicher wurde.

„Schmeicheleien? Wer sagt Ihnen Schmeicheleien? Ich nicht... Ah, gnädiges Fräulein, wenn Sie wüßten, wie mir heute zumute ist.“

„Ich will es nicht wissen.“ — „Wenn Sie wüßten“, fuhr er, ohne ihren Einwurf zu beachten, mit einem leisen Vibrieren seiner Stimme fort, „wenn Sie wüßten, welche wahrhaftig schönen, süßen Hoffnungen sich für mich an das Assessorat knüpfen!“

Sie atmete tief und flüsterte dann, während ihre Stimme ebenfalls einen bewegten Klang annahm: „Erzählen Sie mir davon, wenn Sie das Assessorat glücklich bestanden haben.“

„Nein, nein!“ wisperte er hastig, während er sich vornüberbeugte, um sie besser ansehen zu können. „Das ist noch so lange hin. Ich möchte schon heute davon sprechen. Mir ist das Herz so voll.“

Sie legte schnell ihre Hand auf seinen auf dem Tische liegenden Unterarm.

„Aber, so seien Sie doch still! Ihr Herr Papa redet ja eine Rede.“

In der Tat hatte der Baron an sein Glas geklopft. Jetzt erhob er sich, um noch kurz vor Beendigung der Tafel einen Trinkpruch auf die Gäste auszubringen. Mortimer von Langwidder aber hörte gar nicht hin auf die wohlgedrehten, wohlüberlegten Sätze, die sein Vater sprach, sondern er summte, sich dem Ohre seiner Nachbarin zuwendend, in einem fort: „Die da, die Frieda!“

Frieda Lubenow aber achtele anscheinend gar nicht darauf, wenigstens sah man ihren Mienen

nicht an, daß die leeren Worte ihres Nachbarn zu ihrem Bewußtsein drangen. Ihr Gesicht war mit dem Ausdruck tiefsten Interesses dem Redner zugelehrt.

Eine Viertelstunde später flogen Mortimer von Langwidder und Frieda Lubenow in wildem Wirbel eines Walzers durch den Saal. Mit verzückter Miene, lallend wie ein Berauschter, flüsterle der Tänzer seiner Tänzerin ins Ohr: „Jetzt halte ich Sie, jetzt können Sie mir nicht entweichen, jetzt müssen Sie mich anhören. Doch Sie wissen es ja ohnedies längst, daß Sie mein Ideal sind, Fräulein Frieda, Sie, Sie, Sie — daß ich wahrhaftig in Sie verliebt bin. Und jetzt — ich wage es, verzeihe mir, geliebtes Mädchen, das niedrigste, zierlichste Ohrmuscheln ist meinen verschmähten Lippen zu nahe.“

Er küßte sie verflohen auf das Ohr und er küßte ihre glühenden Wangen. Sie machte keine widerstrebende Bewegung, sondern hielt ganz still.

„O, du, du, du!“ flammelte er wonne-trunken, „du bist so lieb, so süß! Ich habe dich unendlich lieb!“

Mit einem lächelnden Aufblicken schlug sie für einen kurzen Moment ihre Augen zu ihm auf. Sie strahlten ihn glücklich an; zwei helle schimmernde Tropfen hingen an den langen, dunklen Wimpern. Der Anblick brachte den Mejerendar vollends außer sich.

„Friedal! Heißgeliebtes Mädchen!“ räumte er ihr bebend zu. „Du — du Engel! Oh, wenn ich dich doch beim Schoof nehmen und dich herzhalt abküssen könnte!... Aber ich